

## Unterschlagung von Wissen, Betrug am Bürger? Akzeptanzprobleme des Neokratiekonzepts

Neue Einsichten sind umso schwerer durchsetzbar, je mehr sie zu alten Überzeugungen im Widerspruch stehen. Die Widerstände hiergegen kommen von Menschen und sie kommen von Institutionen, ganz besonders natürlich vom Staat. Dies mag eine Binsenweisheit sein, aber auch sie weckt Widerstände, und auch an sie ist daher immer wieder zu erinnern. Auch gegen die Einsicht, dass die zeitgenössische Demokratie nur ein Durchgangsstadium in der Entwicklung zu reiferen Staatsformen darstellt, ist das Widerstandspotential allgegenwärtig.

Sicher sind die Zeiten vorbei, in denen Verfechtern unwillkommenen Wissens der Scheiterhaufen drohte, aber solches Wissen wird von seinen Widersachern dennoch weiter nach Kräften bekämpft. Wissen ist schwer zu bestreiten, aber es lässt sich relativ leicht unterschlagen. Das einfachste Mittel der Unterschlagung ist natürlich die Zensur. Wo der Staat sich nicht zur Rechtsstaatlichkeit gezwungen sieht, wird daher in der Regel noch immer Zensur geübt, ganz besonders in Sachen Staatsform.

Die Ausbreitung von Rechtsstaatlichkeit hat die staatliche Unterschlagung von Wissen erschwert, aber auch außerhalb staatlicher Institutionen neigen die Bürger natürlich dazu, sich unerhofften Einsichten zu widersetzen. Auch wo es keine staatliche Zensur gibt, verbreiten sich neue Einsichten daher in vielen Bereichen äußerst zögerlich. Dafür bedarf es nicht einmal eines aktiven Widerstandes, es bedarf nur des Stillschweigens. Es genügt sogar, dass jene Stillschweigen bewahren, deren Urteil gehört wird, wenn es um die Bedeutung neuen Wissens geht und darum, ob die Wissensaneignung sich lohnt. In den meisten Wissensbereichen ist dies ein überschaubarer Personenkreis. Von ihm vor allem hängt es ab, welche neuen Einsichten sich in welcher Zeit durchsetzen.

Wissen ist dann willkommen, wenn es erstens absehbare Vorteile verspricht und wenn zweitens seine Aneignung leichtfällt. Solches Wissen verbreitet sich wie von selbst. Wissen aber, das Vorurteile in Frage stellt, das kollektive Versäumnisse ans Licht bringt oder dessen Aneignung mühsam ist, Wissen also, das Missvergnügen bereitet und keinen ökonomischen oder politischen Nutzen verspricht und an dem daher kein Verwertungsinteresse besteht, wird weder bereitwillig aufgenommen noch auch bereitwillig weitergegeben. Dieser Umgang mit neuem Wissen lässt sich auf allen Wissensgebieten beobachten. In der Medizin etwa würde Wissen über einen möglichen neuen Impfstoff gegen eine verbreitete Krankheit sich rasch durchsetzen, weil hieran ein starkes Verwertungsinteresse besteht. Ein Wissen darüber aber, dass etablierte Behandlungsmethoden auf wissenschaftlichen Irrtümern beruhen könnten, setzt

---

handlungsmethoden auf wissenschaftlichen Irrtümern beruhen könnten, setzt sich nur langsam durch, solange sich nicht gleichzeitig neue Behandlungsmethoden abzeichnen.

Der Widerwille gegen neues Wissen lässt sich auf ökonomische und politische Interessen zurückführen, aber er hat natürlich auch andere Ursachen. Er ist ein gruppendynamisches und ein massenpsychologisches Phänomen, und er ist in der individuellen Psyche angelegt. Frühkindliche Prägung und die Sozialisation im Jugendalter entscheiden darüber, für welche Art von Wissen im Erwachsenenalter Aufnahmebereitschaft besteht und welches eher verdrängt, verweigert oder bekämpft wird. Im Elternhaus, in der Schule, in Freundeskreisen oder im Studium wird eine Unerschütterlichkeit von Grundüberzeugungen nicht nur in religiösen und weltanschaulichen, sondern auch in grundlegenden politischen Fragen angelegt. Dass diese Grundüberzeugungen im späteren Lebensalter ins Wanken geraten, ist eine seltene Ausnahme, und wo sie eintritt, führt dies häufig zu übereifriger Konversion statt zu nachhaltiger Bereitschaft zur Selbstkritik.

Die Unerschütterlichkeit von Grundüberzeugungen aber entspricht in einer zunehmend schnelllebigen, von kurzen Wissenszyklen geprägten Zeit weniger denn je der Erfahrungswirklichkeit, gleichviel, ob es sich um weltanschauliche, politische, wissenschaftliche oder sonstige Überzeugungen handelt, um Ideologien etwa wie Neokonservatismus, Neoliberalismus, Sozialismus, Globalisierungsfeindlichkeit, Kreationismus oder Fundamentalismen jeglicher Art. Dogmatisches Festhalten an solchen Ideologien mag noch so unzeitgemäß sein, aber es grassiert dennoch. Es ist eine archaische Form der Rechthaberei, aber es ist auch ein Stück gegenwärtiger gesellschaftlicher Wirklichkeit. Umso irritierender wirkt es, wenn plötzlich eine Entdeckung da ist, die keiner wirklich gewollt hat - die Entdeckung beispielsweise, dass die gegenwärtige Demokratie nur eine erste Etappe auf dem Weg zu höher entwickelten Staatsformen ist.

In Zeiten des Internet lassen sich Widerstände gegen neues Wissen rein technisch gesehen natürlich leicht unterlaufen. Unwillkommenes Wissen kann der Öffentlichkeit mit geringstem Aufwand zugänglich gemacht werden, und insofern lässt es sich streng genommen nicht mehr unterschlagen. Insofern wäre zu vermuten, dass mit der gegenwärtigen Entwicklung der Informationstechnologien ein goldenes Zeitalter der Wissensverbreitung angebrochen ist, in dem neuem Wissen fast von selbst die gebührende Aufmerksamkeit zuteil wird.

Solcher Eindruck täuscht. Die Gefahr, dass wichtiges Wissen der öffentlichen Aufmerksamkeit entzogen bleibt, ist durch das Medium Internet keineswegs entschärft. Das Internet macht zwar den Zugriff auf Wissen leichter, aber es überflutet zugleich seine Nutzer mit Informationen, und dies erschwert die Auswahl von Wissen erheblich. Je unermesslicher die Informationsflut, desto schwerer ist wichtiges Wissen noch von unwichtigem unterscheidbar. Wer

---

nach Wissen sucht, sichtet zwar immer mehr Wissensquellen, aber das verfügbare Zeitkontingent je Wissensquelle wird immer kürzer. Dies verführt dazu, nach immer kompakteren, leichter verständlichen, immer unmittelbarer an bestehendes Wissen anknüpfenden Informationen zu suchen, deren Verwertbarkeit auf den ersten Blick evident ist. Wissensangebote werden demzufolge im Internet und den konkurrierenden Medien, letztlich also von allen Informationsanbietern möglichst einfach, kurz und plakativ formuliert, was wiederum dazu verführt, sich auf leicht zugängliches und leicht verwertbares Wissen zu beschränken. Einen ganz ähnlichen Effekt haben die im Internet vorherrschenden Suchalgorithmen. Über Suchmaschinen wie Google sind nur jene Informationsquellen komfortabel zugänglich, die häufig abgefragtes, also gängiges Wissen enthalten. Da auch in den Wissenschaften das Internet die bevorzugte Informationsquelle ist, dominiert demzufolge mehr denn je der wissenschaftliche Mainstream. Gesucht und angeboten wird wissenschaftliche Information vornehmlich dort, wo schon Licht zu sein scheint, und nicht, wo Verborgenes erst noch ans Licht zu bringen wäre. Auf diese Weise aber wird eine spontane Selbstzensur geübt.

Die Folge dieser Verhaltensweisen ist eine selbsttätige Selektion von Wissen. Realistische Durchsetzungschancen hat Wissen unter diesen Umständen nur, wenn es keine spontanen Abwehrreflexe auslöst, wenn die Wissenssuchenden es spontan akzeptieren und wenn sie dessen Verwertbarkeit spontan erkennen. Der Nachweis dagegen, dass auch sperriges Wissen die Mühen der Wissenseignung lohnen könnte, ist in den dominierenden Medien schwerer zu erbringen denn je. In der informationsüberfluteten so genannten Wissensgesellschaft, von der man eigentlich Gegenteiliges erwarten sollte, hat sperriges Wissen es daher ähnlich schwer wie unter den Bedingungen staatlicher Wissensmanipulation. Die Wissensgesellschaft ist insofern nur wenig offener und vor allem nur wenig zukunftsöffener als ihre Vorläufer.

#### *Gesellschaftlicher Wandel und politische Stagnation*

Eine solche konservative Wissenskultur steht natürlich in eklatantem Widerspruch zur hohen Wandlungsgeschwindigkeit der technischen, ökonomischen und ökologischen Lebensbedingungen. Technik und Wirtschaft produzieren in immer rascherem Tempo neues Wissen und wenden dieses Wissen an, Wissen etwa über neue Produktionsverfahren, neue Produkte, neue Organisationsformen und auch neue Militärtechnologien, und nicht weniger brisant sind die gleichzeitigen demographischen, klimatologischen und andere Umweltveränderungen. Das Wissen aber, wie Staat und Politik mit diesen Veränderungen Schritt halten könnten, wie also ein Staat gestaltet werden könnte, der dem beschleunigten Wandel der gesellschaftlichen Lebensbedingungen wirklich gewachsen wäre, verbreitet sich nicht.

Dass der gesellschaftliche Wandel sich in einer anhaltend konservativen Wissenskultur und einem dementsprechend wandlungsresistenten Staatswesen vollzieht, hat dramatische Konsequenzen. Der Staat wird unter diesen Umstän-

---

den zu einem zunehmend unzeitgemäßen und inkompetenten Akteur, zu einer Instanz, die immer mehr Inkompetenz vertuscht und Handlungskompetenz vortäuscht. Erkennbar ist dies beispielsweise am Staatsversagen beim Klimaschutz, in der Friedenspolitik, bei der Regulierung von Finanzmärkten, beim Schutz natürlicher Ressourcen oder beim Umgang mit historischem Unrecht. Solchem Versagen angesichts drängender Staatsaufgaben wäre mit neuem Wissen über die Funktionsweise von Staaten zuvorzukommen, aber gerade an solchem Wissen besteht im bestehenden Staat kein ausreichendes Verwertungsinteresse.

Eine sich immer rascher wandelnde Gesellschaft hätte daher allen Anlass, auch gegen den Willen bestehender Staaten neues Wissen über den Staat zu verbreiten. Dies gilt beispielsweise für das Wissen über mögliche Entwicklungen neokratischer Staatsformen - dass Wissen darüber also, dass die bestehende Demokratie ein einspuriger, allzuständiger Staat ist, bestehend nur aus einer einzigen Staatssparte, dass ein neokratisches Staatswesen dagegen mehrspurig sein, also aus mehreren eigenständigen Staatssparten bestehen kann, dass die bestehende Demokratie somit nur eine von vielen möglichen Neokratievarianten ist, und zwar deren allereinfachste, und dass sie daher alles andere ist als die höchstmögliche Entwicklungsstufe der Staatsformen. Dies ist Tatsachenwissen. Es ist so wenig bestreitbar wie etwa die Tatsache, dass das Atom nicht das kleinste denkmögliche Elementarteilchen ist. Neokratiewissen ist insofern für die Lehre vom Staat ähnlich elementar, wie das Wissen über mögliche subatomare Strukturen der Materie es für die Teilchenphysik ist. Solches Wissen ist höchst unwillkommen für Parteien, für den Staat als ganzen, für eine vom Staat alimentierte Wissenschaft und auch für die dominierenden Medien, aber umso mehr verdient es, aus der anschwellenden Flut zeitgenössischen Wissens herausgehoben zu werden.

*Das Neokratiekonzept: Wissen oder Meinung?*

Gegen eine Einlassung auf das Neokratiewissen ist noch ein anderer Einwand denkbar, der Einwand nämlich, das Neokratiekonzept sei kein Wissen, sondern eine Meinung. Die Meinung sei, dass der Staat, wie er ist, überwunden werden und durch eine unerprobte neue Staatsform ersetzt werden solle. Insofern stehe das Neokratiekonzept für ein umstürzlerisches und damit höchst gefährliches Ansinnen. Dessen Nichtbeachtung sei eine legitime Art und Weise, den Staat und seine Bürger vor dem Schlimmsten zu bewahren.

Dieser Einwand ist falsch. Das Neokratiekonzept ist keine Empfehlung für eine bestimmte Staatsform. Es vermittelt nur das Wissen, dass die herkömmliche Demokratie eine von zahlreichen möglichen demokratischen Staatsformen ist. Dass im herkömmlichen Staat die Zahl der Staatssparten eins ist und dieser Staat daher für die Politik als ganze zuständig ist, hat gute historische Gründe, aber es ist dennoch nur ein Sonderfall. Es ist eine Form von Demokratie, der ganz andere folgen könnten. Ob und wann und in welcher Form dies aber geschehen sollte, darüber sagt das Neokratiekonzept nichts aus. Es öffnet nur

---

die Augen dafür, dass es jenseits der bestehenden Demokratie ein Universum noch unerprobter alternativer Staatsformen gibt und dass der Möglichkeitsraum demokratischer Staatsformen daher viel größer ist als bisher angenommen.

Dass neue Demokratieformen möglich sind, ist unbestreitbares Wissen, aber früher oder später kann sich hieraus natürlich doch ein Wettstreit der Meinungen ergeben. Nicht Wissen, sondern Meinung ist es, wenn eine spezielle Form von Neokratie für einen bestimmten Zeitpunkt als Staatsmodell empfohlen wird. Nicht mehr als eine Meinung ist es aber auch, dass die bestehende Demokratieform beibehalten werden sollte.

Sicher können beide Meinungen gleichermaßen in Dogmatismus ausarten, denn dogmatisch wäre es auch, wenn eine bestimmte Form von Neokratie als die ein für allemal richtige angesehen würde. Das Neokratiekonzept selbst aber steht solchem Dogmatismus entgegen. Die Einsicht in die Vielfalt möglicher neokratischer Staatsformen ist mit einem Ausschließlichkeitsanspruch für eine dieser Formen nicht vereinbar. Darüber hinaus zeigt das Neokratiekonzept selbst politische Verfahren auf, mit denen der Übergang von veralteten zu zeitgemäßerer Staatsformen zu bewältigen wäre. Je plausibler aber das Konzept für einen Übergang, desto geringer ist die Versuchung, an einer bestehenden Staatsform dogmatisch festzuhalten.

#### *Staatskrisen als Chance?*

Die Frage des Übergangs zu neuen Staatsformen kann in der politischen Praxis natürlich nur dann eine Rolle spielen, wenn das Wissen über mögliche Alternativen sich unter den Staatsbürgern verbreitet hat. Dass das Wissen über neokratische Staatsformen bisher erfolgreich unterschlagen wird, ist im demokratischen Rechtsstaat immerhin kein ausdrücklicher staatlicher Wille, sondern es geschieht eher spontan. Der spontane Wille aber, unbequemes Wissen zu ignorieren, ist nicht nur interessegebunden, sondern er ist auch ein Zeitgeistphänomen, und der Zeitgeist kann umschlagen, auch in Sachen Staatsform. Anzeichen für einen solchen Wandel des Zeitgeistes könnte sein, dass Enttäuschungen über die bestehende Demokratie zunehmend unverhohlener zum Ausdruck kommen.

An Enttäuschung über die Demokratie fehlt es in den allermeisten demokratischen Staaten nicht mehr, aber nennenswerte Folgen hat dies vorerst nicht. Ein Grund hierfür mag sein, dass die offene Ablehnung der Demokratie eher noch ein Unterschichtenphänomen ist als ein gesamtgesellschaftliches. Je höher der Grad der politischen Bildung, desto schwerer tun die Bürger sich noch, Misstrauen gegenüber der Demokratie offen zu bekunden. Man hat schlicht Angst vor den Alternativen. Man will das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, will nicht Gefahr laufen, mit der Ablehnung der bestehenden Demokratie einer noch schlechteren Staatsform Vorschub zu leisten. Historische Erfahrung mahnt in dieser Frage in der Tat zur Vorsicht. Krisen, in denen das Misstrauen in den Staat offen ausgetragen wurde, haben in der Vergangenheit häufiger

---

Rückschritte in Sachen Staatsform ausgelöst als Fortschritte zu einer besseren Demokratie. Aus der Geschichte zu lernen kann insofern nicht bedeuten, sich Staatskrisen herbeizuwünschen.

Andererseits gibt es natürlich Anzeichen genug dafür, dass die bestehende Demokratie ihren Aufgaben nicht gewachsen ist, und dies allein wäre Grund genug, das Neokratiewissen nicht mehr als unwillkommenes Wissen zu ignorieren. Das Hemmnis aber, dass langfristig Wichtiges sich immer schwerer aus der Flut verfügbarer Wissensquellen herausfiltern lässt, bleibt dennoch, und ebenso das Hemmnis, dass die vorherrschenden Suchtechnologien gängiges Wissen begünstigen. Damit sich Wissen verbreiten kann, das den bestehenden Staat in Frage stellt, bedarf es daher weiterer Anstöße. Es bedürfte beispielsweise einer Initialzündung, die Neokratiewissen zu veranschaulichen und - wie dies bei wirkungsvollen politischen Botschaften schon immer der Fall war - in eine Sprache der Gefühle übertragen hilft. Nur so könnte der Neokratiegedanke letztlich eine Wende des Denkens auslösen, die über einen kleinen Kreis politisch Engagierter hinauswirkt. Erst dann könnte sich auch die Einsicht verbreiten, dass Phänomene wie Klimakatastrophe, demographische Fehlentwicklungen, Bildungskatastrophen und die Katastrophen fortwährender Kriege der bestehenden Staatsform anzulasten sind und dass Neokratiewissen helfen kann, solchen Katastrophen vorzubeugen.

#### *Zur Schuldfrage*

Noch lässt der herrschende Umgang mit Neokratiewissen nicht erwarten, dass in überschaubarer Zukunft leistungsfähigeren Staatsformen der Weg geebnet werden könnte. Dies ist ein schlimmer Befund, aber ein Grund für Schuldzuweisungen ist es dennoch nicht. Man könnte zwar dem Staat und seinen Nutznießern anlasten, dass sie elementares politisches Wissen unterschlagen, und man könnte sogar den Bürgern vorhalten, dass sie die Unterschlagung solchen Wissens gleichgültig hinnehmen, aber persönliche Schuld ergibt sich hieraus nicht. Was die Verbreitung von Neokratiewissen verhindert, sind eher anonyme Mechanismen als das persönliche Versagen Einzelner. Die Hauptverantwortung liegt im politischen System. Besserung kann daher nicht von herkömmlichem politischem Wettstreit ausgehen, sondern nur von Initialzündungen ganz anderer Art.

04 - 2008

[www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de)